

# Neuigkeiten

## I. Rechtsetzung

### a) Inkraftsetzung

— Die Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, ChemRRV; SR 814.81) erfuhr am 1. Februar 2021 Änderungen betreffend den Anhang 1.10 ChemRRV: Krebserzeugende, erbgutverändernde und fortpflanzungsgefährdende Stoffe (Ziff. 1 Abs. 1 Fussnoten) und Übergangsbestimmung (Ziff. 4) (AS 2021 70).

— Die Verordnung über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Verordnung; SR 641.711) erfuhr betreffend die Änderung vom 25. November 2020 folgende Berichtigung: Direkte Emissionen innerhalb des entsprechenden Zuteilungselements mit Produktbenchmark in der Bezugsperiode nach Ziffer 2. Berücksichtigt werden zusätzlich auch die Emissionen aus der innerhalb des Zuteilungselements genutzten Wärme, die direkt von anderen Anlagen im oder ausserhalb des EHS bezogen wurde, bestimmt mit 62,3 t CO<sub>2</sub> pro TJ (Anhang 9 Ziff. 4.1, direkte Emissionen) (AS 2021 80).

### b) Vernehmlassung

— Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing: Mit dieser Vorlage soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit Kantone, Städte oder Gemeinden örtlich und zeitlich begrenzte Pilotprojekte zu Mobility-Pricing, die eine Abgabepflicht vorsehen, durchführen können. Mit solchen Projekten sollen Erkenntnisse zu neuartigen Bepreisungsformen zur gezielten Beeinflussung der Verkehrsnachfrage und des Mobilitätsverhaltens im motorisierten Individualverkehr sowie im öffentlichen Verkehr gewonnen werden. Mit dem Gesetz soll zudem die Grundlage geschaffen werden, damit der Bund Pilotprojekte finanziell unterstützen kann. Am 04.02.2021 wurde die Vernehmlassung eröffnet. Sie dauert bis am 17.05.2021.

## II. Bundesrat

— Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel wird verbessert: Der Bundesrat hat am 17. Februar 2021 Massnahmen zur Optimierung des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel beschlossen. Neu wird per 1. Januar 2022 die Zulassungsstelle für Pflanzenschutzmittel dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zugeordnet. Die Rolle des BAFU im Beurteilungsprozess sowie die strategische Führung des Steuerungsausschusses werden gestärkt. Das BLV bleibt weiterhin für die landwirtschaftlichen Aspekte zuständig. Die Pflanzenschutzmittelverordnung soll entsprechend revidiert werden. Weitere In-

formationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 17.02.2021.

— Klimaschutz: Bundesrat verabschiedet die langfristige Klimastrategie der Schweiz: Die Schweiz soll bis 2050 unter dem Strich keine Treibhausgase mehr ausstossen. Dieses Netto-Null-Ziel hat der Bundesrat 2019 beschlossen. Am 27. Januar 2021 hat er die dazugehörige «Langfristige Klimastrategie der Schweiz» verabschiedet. Diese präsentiert die Leitlinien für die Klimapolitik bis 2050 und legt strategische Ziele für die verschiedenen Sektoren fest. Die Strategie knüpft an die Massnahmen und Ziele des revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes an. Das neue Gesetz ist für die Erreichung des Netto-Null- Ziels von zentraler Bedeutung. Es führt zu einer Senkung der Treibhausgase um 50 Prozent bis 2030 und bringt die Schweiz auf Kurs für das Klimaziel bis 2050. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilungen des Bundesrats > Medienmitteilung vom 28.01.2021.

— Bundesrat verabschiedet Bericht über den Umgang mit Bären: Die Vollzugshilfe «Konzept Bär Schweiz» entspricht den gesamteuropäischen Richtlinien und hat sich bewährt. So lauten die wichtigsten Befunde des Berichts «Umgang mit dem Bären in der Schweiz», den der Bundesrat am 27. Januar 2021 verabschiedet hat. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 27.01.2021.

— Zementherstellung – Bericht zu Rohstoffbedarf und Versorgungssituation in der Schweiz: Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. Dezember 2020 den Bericht über die Versorgung der Schweiz mit inländischen Zementrohstoffen zur Kenntnis genommen. Dieser Rohstoffsicherungsbericht ist Teil des Aktionsplans «Grüne Wirtschaft». Er zeigt den aktuellen Verbrauch und den Stand der Versorgung der Schweiz mit Zementrohstoffen und macht eine Abschätzung über den kurz- bis mittelfristigen Zementbedarf in einem nationalen Kontext. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 18.12.2020.

### III. Ausgewählte BAFU-Publikationen

(Bezug bei Dokumentationsdienst BAFU, E-Mail: [docu@bafu.admin.ch](mailto:docu@bafu.admin.ch) oder via Internet: <http://www.bafu.admin.ch/publikationen/index.html>)

— Umgang mit Naturgefahren in der Schweiz. Bericht zum Stand der Umsetzung des Integralen Risikomanagements von Naturgefahren, Kurzversion des Berichts an den Bundesrat, Reihe Umwelt-Information, Nr. UI-2027 (auch auf Französisch erhältlich): 2016 hatte der Bundesrat beschlossen, die im Bericht «Umgang mit Naturgefahren in der Schweiz» aufgeführten 67 Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit vor Naturgefahren umzusetzen. Er beauftragte das UVEK, 2020 erstmals einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Massnahmen vorzulegen. Dieser Bericht unter Federführung des BAFU zeigt: Die Schweiz ist auf Kurs, es gibt jedoch noch viel zu tun. Aktuell sind 25 Prozent der Massnahmen umgesetzt. Der vorliegende Bericht ist eine Kurzfassung des Berichts an den Bundesrat.

— Projekte und Programme zur Emissionsverminderung im Inland. Ein Modul der Mitteilung des BAFU als Vollzugsbehörde zur CO<sub>2</sub>-Verordnung, Reihe Umwelt-Vollzug, Nr. UV-1315, 7. aktualisierte Ausgabe Januar 2021, Erstausgabe 2013 (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich): Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe sind gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz dazu verpflichtet, einen Teil der verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen ganz oder teilweise, durch Massnahmen im Inland zu kompensieren. Zur Erfüllung dieser Pflicht können Projekte oder Programme zur Emissionsverminderung im Inland durchgeführt werden. Nachgewiesene Emissionsverminderungen können bescheinigt oder direkt an die Pflichterfüllung angerechnet werden. Zugelassen sind Projekte oder Programme zur Verminderung aller in Art. 1 CO<sub>2</sub>-Verordnung (SR 641.711) aufgeführten Treibhausgase sowie zur biologischen CO<sub>2</sub>-Sequestrierung in Holzprodukten. Ähnliche Vorhaben können in Programmen zusammengefasst und umgesetzt werden. Mittels Monitoring nachgewiesene und verifizierte Emissionsverminderungen aus Projekten und Programmen sind anrechenbar, sofern sie ohne den Erlös aus dem Verkauf der Bescheinigungen oder die direkte Anrechnung nicht umgesetzt würden (Kriterium der Zusätzlichkeit).

— Modul: Phosphorreiche Abfälle. Ein Modul der Vollzugshilfe zur Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA), Reihe Umwelt-Vollzug, Nr. UV-1826, 4. aktualisierte Ausgabe 2020, Erstausgabe 2006 (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich): Das vorliegende Vollzugshilfemodul soll dazu beitragen, dass Phosphor aus phosphorreichen Abfällen schweizweit zurückgewonnen wird. Sie gibt den Kantonen und den betroffenen Organisationen der Wirtschaft einen Rahmen für einen möglichst einheitlichen Vollzug bei der Phosphorrückgewinnung. Es werden sowohl die Anforderungen aus der Gesetzgebung erläutert als auch der Stand der Technik bei der Phosphorrückgewinnung beschrieben.

— Validierung und Verifizierung von Projekten und Programmen zur Emissionsverminderung im Inland, Ein Modul der Mitteilung des BAFU als Vollzugsbehörde zur CO<sub>2</sub>-Verordnung, 2. Ausgabe, Januar 2021, Erstausgabe 2020, Reihe Umwelt-Vollzug, Nr. UV-1826, (auch auf Französisch und Italienisch erhältlich; nur PDF-Version vorhanden): Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe sind gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz dazu verpflichtet, einen Teil der verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen ganz oder teilweise, durch Massnahmen im Inland zu kompensieren. Zur Erfüllung dieser Pflicht können Projekte oder Programme zur Emissionsverminderung im Inland durchgeführt werden. Die vom BAFU zugelassenen Validierungs- und Verifizierungsstellen überprüfen, ob ein Projekt oder Programm die Anforderungen der CO<sub>2</sub>-Verordnung erfüllt. Sie erstellen im Anschluss an eine umfassende Überprüfung eine Empfehlung zuhanden der Geschäftsstelle Kompensation. Bei der Validierung wird geprüft, ob das Projekt oder Programm geeignet ist zur Emissionsverminderung im Inland. Im Rahmen der periodisch erfolgenden Verifizierungen wird so dann geprüft, ob die Emissionsverminderungen aus einem Projekt oder Programm den Anforderungen aus der Projekt- oder Programmbeschreibung genügen. Dies dient dem BAFU als Grundlage für die Ausstellung von Bescheinigungen oder die Anrechnung der Emissionsverminderungen an die Kompensationspflicht.

— Jahrbuch Wald und Holz 2020, Waldressourcen, Holznutzung, Leistungen und Produkte des Waldes, Reihe Umwelt-Zustand, Nr. UZ-2026 (auch auf Französisch erhältlich): Das Jahrbuch Wald und Holz informiert ausführlich über die Waldres-

sources, die Holznutzung, die Leistungen und Produkte des Waldes, die Holzverarbeitung und den Handel mit Holz und Holzprodukten der Schweiz. Die meisten Daten stammen aus Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) und des BAFU.

## IV. Ausgewählte Studien und Berichte

- BAFU, CPX-Messungen Strassenbeläge Messbericht 2020, 15. Januar 2021.
- BAFU, Abteilung Lärm und NIS, Erläuterungen zu adaptiven Antennen und deren Beurteilung gemäss der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), 23.02.2021.
- BAFU, Adaptive Antennen, Nachtrag vom 23. Februar 2021 zur Vollzugsempfehlung zur Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) für Mobilfunk- und WLL-Basisstationen, BUWAL 2002, 2021.
- MEVISSEN MEIKE / SCHÜRMANN DAVID, Gibt es Hinweise auf vermehrten oxidativen Stress durch elektromagnetische Felder? Eine Zusammenfassung relevanter Beobachtungen in Tier- und Zellstudien der letzten zehn Jahre in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen, BERENIS – Beratende Expertengruppe nicht-ionisierende Strahlung Newsletter-Sonderausgabe Januar 2021. Ein ausführlicher Bericht, in dem diese Studien detailliert vorgestellt werden, wird in Kürze vom BAFU veröffentlicht: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/elektrosmog/publikationen-studien.html>.
- SEITLER EVA / MEIER MARIO / EHRENMANN ZAIDA, Atmosphärische Stickstoff-Deposition in der Schweiz 2000 bis 2019, im Auftrag des BAFU, der OSTLUFT, der WSL, des Fürstentums Liechtenstein, der UNESCO Biosphäre Entlebuch und der Kantone AG, BE, BL, FR, GE, GR, LU, NE, SO, TI, VD, VS, ZG und ZH, Januar 2021.
- VETTORI ANNA / OBERPRILLER QUIRIN / HELDSTAB JÜRIG / ITEN ROLF, Volkswirtschaftliche Beurteilung (VOBU) von Erleichterungen im VOCV-Vollzug, im Auftrag des BAFU, Zürich, 29. Januar 2021.

## V. Literatur zum nationalen Umweltrecht

- ERRASS CHRISTOPH, Genome Editing und kein Ende, in: Jusletter 22. Februar 2021.
- HESSELHAUS SEBASTIAN / SCHREIBER MARKUS, Energierechtstagung 2020, Schriften zum Energierecht (SzE), Band 17, Dike Verlag 1. Aufl., Zürich/St. Gallen 2021, ISBN 978-3-03891-215-6.
- SÄGESSER THOMAS, Die ehehaften privaten Wassernutzungsrechte an öffentlichen Gewässern, in: Jusletter 25. Januar 2021.

## VI. Varia

— Entwurf der revidierten Vollzugshilfe über den Verkehr mit Sonderabfällen und anderen kontrollpflichtigen Abfällen in der Schweiz, Entwurf zur Anhörung: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/39284.pdf>.

— Grüne Treibstoffe für den Flugverkehr: Forschende der Empa und des Paul Scherrer Instituts (PSI) haben die gemeinsame Initiative «SynFuels» gestartet. Ziel ist es, einen Prozess zu entwickeln, um Kerosin aus erneuerbaren Ressourcen herzustellen. So sollen aus Kohlendioxid und Wasserstoff aus nachhaltigen Quellen flüssige Treibstoffgemische von höchster Qualität entstehen, die möglichst rückstandsfrei verbrennen und sich damit für den Antrieb von Flugzeugen

eignen. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 25.02.2021.

— Mobilfunk: Die Vollzugshilfe für den Umgang mit adaptiven Antennen ist bereit. Der Ausbau des 5G-Netzes mit adaptiven Antennen wird unter Einhaltung der heutigen Grenzwerte für Mobilfunkanlagen ermöglicht. Dies ist der Kern der ergänzten Vollzugshilfe für die Kantone und Gemeinden. Die Vollzugshilfe des BAFU schafft für die Bewilligungsbehörden Klarheit, wie die Strahlung von adaptiven Antennen berechnet wird. Berücksichtigt werden sowohl der Schutz der Bevölkerung vor Strahlung als auch die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer an einem gut ausgebauten Mobilfunknetz. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.bafu.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 23.02.2021.

— Schutz der Biodiversität: GPK-S zieht Bilanz und fordert Bundesrat zum verstärkten Handeln auf: Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.parlament.ch/de> > Services > Medienmitteilung vom 22.02.2021.

— Klimawandel verändert Schweizer Seen: Eine neue Modellstudie zeigt, dass der Klimawandel Wassertemperatur, Eisbedeckung und Durchmischung vieler Schweizer Seen erheblich verändern kann. Seen in mittleren Höhenlagen sind besonders unter Druck. Sie sind gefährdet, ihre Eisbedeckung vollständig zu verlieren und sich nicht mehr zweimal im Jahr vollständig zu durchmischen. Eine solche Veränderung hätte grundlegende Folgen für das Funktionieren der Seeökosysteme. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 18.02.2021.

— Emissionen einer verbotenen ozon-abbauenden Substanz wieder rückläufig: Nach einem mysteriösen und starken Anstieg zwischen 2012 und 2017, der auf Emissionen in Ost-China zurückgeführt werden konnte, sind die globalen Emissionen einer potenten (und verbotenen) ozonabbauenden Substanz in den letzten Jahren wieder rapide gesunken; sie sind nun sogar so tief wie nie zuvor seit Beginn der Messungen in dieser Region im Jahr 2008. Dies ergaben neue atmosphärische Analysen, die heute im renommierten Fachblatt «Nature» veröffentlicht wurden. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.admin.ch> > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilung vom 11.02.2021.

— Auf Spurensuche nach Pestiziden in Schweizer Landwirtschaftsböden: Agroscope analysierte in einer umfassenden Studie die Verbreitung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Schweizer Landwirtschaftsböden und deren potenzielle Auswirkungen auf das Bodenleben. Die Resultate zeigen, dass Rückstände in Böden weit verbreitet sind und sich negativ auf das mikrobielle Bodenleben und nützliche Bodenpilze auswirken könnten. Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://www.agroscope.admin.ch/agroscope/de/home.html> > Aktuell > Newsroom > 2021 > Medienmitteilung vom 04.02.2021.